

Holt sie nach Frankfurt!

Lesbos: „Insel der Unseligen“, FR-Magazin vom 11. Januar

Dankenswerterweise berichtet die FR immer wieder über die katastrophalen, lebensbedrohlichen Zustände im völlig überfüllten Lager auf Lesbos, in dem Tausende Kinder gestrandet sind. Das Flüchtlingslager Moria ist eine Schande für ganz Europa. Da muss sofort etwas getan werden, egal, wie opportunistisch sich unsere Miteuropäer verhalten. Es ist Winter, und es geht um Kinder!

Mein Frankfurt sollte ein Zeichen setzen: Stellt unser Schulandheim Wegscheide für den Winter zur Verfügung, holt die Frauen mit den kleinsten Kindern und ohne männlichen Schutz per Charterflug dorthin, einschließlich der nötigen Zahl an Erzieherinnen, Lehrerinnen, Ärztinnen und Krankenschwestern aus ihren Heimatländern, so dass eine weitgehende Selbstverwaltung möglich ist. Dann könnten abgeordnete deutsche Fachkräfte in Ruhe versuchen herauszufinden, wer Verwandte in Deutschland oder dem europäischen Ausland hat, politisch verfolgt ist oder möglicherweise irgendwann in seine Heimat zurückkehren kann. Frankfurt hat eine so phantastische Bereitschaft zu privatem Engagement und finanzieller Unterstützung, dass ich sicher bin, dass sich die nötigen Mittel aufreiben lassen. Gerd Wild, Frankfurt

Mängel an Konstruktion

Boeing: „Neues Software-Problem bei 737 MAX“, FR-Wirtschaft vom 20.1.

Wann endlich setzt sich auch beim Hersteller die Erkenntnis durch, dass sich konstruktiv bedingte Mängel nicht durch Software kompensieren lassen! Der einzige Ausweg aus der selbst zu verantwortenden Misere ist eine Neukonstruktion der Zelle und die Verschrottung der geparkten Maschinen. Sollten diese gegen jegliche Vernunft wieder zugelassen werden, ist es unwahrscheinlich, dass sich noch genügend Passagiere finden, die in diesen Unglücksvogel noch einsteigen wollen.

Klaus Matthies, Hamburg



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Bascha Mika, Katja Thorwarth und Sonja Thomaser lesen im Hate Slam irre, böse und wahnsinnige Leserbriefe an die Redaktion.
Sonntag, 26. Januar, 19 Uhr
Neues Theater Höchst, Antoniterstraße 18, Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert moderiert die Veranstaltung „Soziale Architektur und sozialistische Politik - Margarete Schütte-Lihotzky als Akteurin des Neuen Frankfurt“. Mit Marcel Bois, Historiker, Mitherausgeber der neuen Biografie über Schütte-Lihotzky.
Montag, 27. Januar, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Stephan Hebel lädt wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu aktuellen Themen. Einlass ab 18 Uhr.
Donnerstag, 30. Januar, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Jens Joachim moderiert ein Gespräch zum Thema „Kulturelles Erbe und Zukunft. Die Rolle der Museen heute“ mit Martin Faass, Direktor des Hessischen Landesmuseums Darmstadt. Eine Veranstaltung der Evangelischen Stadtakademie Darmstadt.
Dienstag, 18. Februar, 18:30 Uhr
Offenes Haus, Rheinstraße 31, Darmstadt

Bascha Mika und Nadja Erb stellen ihr Buch „Mut für einen Feminismus, der Allen gut tut“ vor.
Donnerstag, 20. Februar, 18 Uhr
Literaturhaus, Kasinostraße 3, Darmstadt

... und sie wären doch so gern bürgerlich!

Die Rechten und das Unwort des Jahres: „Die Verwilderung der Sprache“, FR-Politik vom 15. Januar

Neurotische Angst vor Unreinheit

Stephan Hebel beschreibt treffend, wie Rechtsausleger Sprache dazu missbrauchen, ihre perfiden Ideologien zu propagieren. Sie wollen mit Wortgebilden wie „Klimahysterie“ oder „Umwolung“ provozieren, denn sie können nicht belegen, was sie behaupten. Sie legen ja so großen Wert darauf, als bürgerlich zu gelten und bezeichnen sich auch so bei jeder sich bietenden Gelegenheit. Aber sie verhalten sich antibürgerlich, indem sie Norm und Moralkodex, was fairen Sprachgebrauch angeht, ständig überschreiten. Sie erkennen bürgerliche, demokratische Grenzen nicht an. Sie lassen nur ihren Standpunkt gelten, auf einer Leugnung von Realität basierend. Sie wären so gern eindeutig, aber es gibt nichts auf dieser Welt, das nur eindimensional zu begreifen ist. Und sie wären so gerne rein. Das Gegenteil von „linksversifft“ wäre somit „rechtsrein“. Ihre Reinheitsideologie entpuppt sich als primitives Schwarz-Weiß-Denken ohne ethischen Bezug, es sei denn, sie propagierten das Böse.

Hebel weist auch darauf hin, dass es sich bei Hysterie um ein Krankheitsbild, eine Psychose handelt. Demgegenüber wäre dann ihr Gefasel von „Volkskörper“ und „Umwolung“ eine Art zumindest neurotischer Angst vor Unreinheit. Den Widerspruch im Subjekt oder die Ambivalenz von Gefühlen meiden sie wie der sprichwörtliche Teufel das Weihwasser. Da sie so auf Eindimensionalität versessen scheinen, müssen sie alles, was anders ist, als sie selbst nicht sind, sondern unbedingt sein wollen, mit ihrem Hass und ihrer Abscheu verfolgen, als könnten sie dadurch rein werden oder bleiben.

Die deutsche Sprache mögen sie offenbar nicht, obwohl sie das Deutsche angeblich so sehr lieben. Stattdessen quälen sie die Sprache, die sich nicht wehren kann, mit ihren perfiden Wortschöpfungen. Sie teilen sprachlich brutal aus, können aber keine Kritik vertragen und behaupten dann feige, sie seien missverstanden worden. Sie klagen gern, fühlen sich ständig benachteiligt und bemühen demokratische Instanzen, die sie doch verachten, um

Recht zu bekommen. Offenbar halten Menschen, die von „Klimahysterie“ sprechen, einfach die Realität nicht aus, weshalb sie alle möglichen psychischen Abwehrmechanismen wie Verdrängung, Verleugnung oder Rationalisierung mobilisieren. Das kann gefährlich werden, wenn die Realität sie plötzlich überrumpelt. Deshalb basteln sie sich eine andere Realität, zum Beispiel fordern sie, sich das Land zurückzuholen, das es so nie gab, und was sich, wenn überhaupt, nur mit Zwang und Gewalt herstellen ließe. Robert Maxeiner, Frankfurt

Sterbende Insekten sind nicht wahlberechtigt

Kinder steigern sich leicht in laute Wut hinein, wenn sie Ansprüche nicht durchsetzen können. Ihre Hilflosigkeit gegenüber der Macht der Erwachsenen drücken sie durch wilde Sprache und Lautstärke aus. Eine gleiche Hilflosigkeit spüren viele Bürger bei berechtigten Ansprüchen an die Politik und reagieren mit immer mehr gesteigerter Wut auf bürgerfeindliche Entscheidungen und Missachtung von Rechten.

Die Umwelt stirbt. Aber dass die Bauern gut leben können mit Monsanto-Pestiziden ist wichtiger. Sterbende Insekten wählen nicht. Der Kohleausstieg ist erst am St. Nimmerleinstag 2038 geplant. Bis dahin werden die Schrottimobilien vom Steuerzahler vergoldet, und dann wird man schon Gründe für eine Verlängerung der Laufzeit finden. Tempo 130 könnte den Luxusmarken schaden. Die sind wertvoller als die Umwelt, außerdem geben sie Parteispenden. Die eklatant auseinanderklaffenden Einkommens- und Vermögensscheiden werden klag- und planlos hingenommen. Jahrelang wird an Hartz IV nichts geändert, und als das Verfassungsgericht die Sanktionen als verfassungswidrig bezeichnet, setzt sich Arbeitsminister Heil (SPD) einfach darüber hinweg. Obwohl das Bundesverwaltungsgericht das Recht auf Medikamenten zur schmerzlosen Selbsttötung Schwerstkranker festgestellt hat, stellt sich Minister Spahn (CDU) über das Recht und verbietet die Genehmigung.

Selbst gegen lästige Kritiker findet die Politik immer wieder Wege. Verkehrsminister Scheuer

(CSU) will Rechte der Bürger gegen Großprojekte verkürzen, Finanzminister Scholz (SPD) entzieht kritischen Vereinen mit der Gemeinnützigkeit ihre Existenzgrundlage. Wer kann es Bürgern verübeln, wenn sie angesichts solcher Bürgerfeindlichkeit ihre Wut und Hilfslosigkeit in immer schärferer Sprache ausdrücken? Dass sie sich von solchen Parteien abwenden und Alternativen wählen? Traurig, aber die Parteien müssten einmal sehr ehrlich in den Spiegel schauen, für wen und für welche Interessen sie ihre Politik machen. Dann sind die verwilderte Sprache und die Abkehr von den alten Volksparteien keine Bücher mit sieben Siegeln mehr. Manfred Alberti, Wuppertal

Bitte die Erde retten, aber mir nichts wegnehmen

Eine „linke“ Jury hat „Klimahysterie“ zum Unwort des Jahres gewählt. Das hat eine kontroverse Diskussion ausgelöst, die Befürworter als wohl im politischen Sinne links und die Ablehner als rechts ortet. Wenn wir auf den Kern kommen, stellen wir fest, dass die ganz überwiegende Wissenschaft ohne weltweit einschneidende Maßnahmen eine Klimakatastrophe für unausweichlich hält und dass Politik und Wirtschaft aus ihren Interessenlagen heraus das weniger als halbherzig angehen. Sie nennen also Klimahysterie, was die zur Rettung unserer Erde agierenden Bewegungen umtreibt. Das ist nicht rechts, sondern konservativ im schlechten Sinn, weil diese Bürger das Bestehende nicht aufgeben wollen, auch wenn sie, wie der ehemalige FAZ-Mitherausgeber Müller-Vogg, begreifen müssten, was sie da vertreten.

Reformer haben schon immer Unzulänglichkeiten und Ungerechtigkeiten des bestehenden Systems angeprangert und sind dabei auf den erbitterten Widerstand des Establishments gestoßen. Heute wird dieses System von einem weltbeherrschenden Neoliberalismus verkörpert, der in den sogenannten Konservativen leider viele willige Unterstützer findet. Motto: Bitte die Erde retten, aber mir nichts wegnehmen.

Hans-Jürgen Gratz, Friedrichsdorf

Diskussion: frblog.de/unwort-2019

Gesteigertes Bevölkerungswachstum

Zu: „Anders helfen“, FR-Meinung vom 14. Januar, und „Zu viele Menschen für eine Erde“, FR-Regional vom 11. Dezember

Schon wir Deutschen haben Probleme mit unserem bescheiden Bevölkerungswachstum: Es fehlt in vielen Städten an Wohnungen, es kommt zu Prozessen wegen der Miete und der Nebenkosten, zu Demonstrationen und Hausbesetzungen. Dabei betrug das Bevölkerungswachstums von 1960 (72,81 Mio.) auf 2018 (82,93 Mio.) nur 14 Prozent. In der gleichen Zeit wuchsen die Staaten der Eurozone im Durchschnitt gut doppelt so stark von 265,2 Mio. auf 341,8 Mio. Müssen wir uns darüber wundern, dass De-

monstrationen in Frankreich, Italien oder Griechenland viel gewalttätiger sind als hiesige?

Aber das Bevölkerungswachstum mit seinen Folgen Not, Streit, Gewalt lässt sich noch gewaltig steigern. Im Bereich Naher Osten und Nordafrika betrug es 327 (105,2 Mio./448,9 Mio.), im Afrika südlich der Sahara 374 Prozent (227,2 Mio./1078 Mio.). Die Rettung von Menschen, die vor Not und Krieg über das Mittelmeer nach Europa fliehen, genießt viel Ansehen, löst aber das Grundproblem nicht.

„Es brauche eine sinnvolle globale Bevölkerungsplanung“, meinen ungenannte Personen von „Bio-Frankfurt“. 2014 brachte die Schweizer Gruppe „Ecopop“ einen Vorschlag zur Volksabstimmung, wonach (mindestens) zehn Prozent der Schweizer Entwicklungshilfe für die Förderung freiwilliger Familienplanung ausgegeben werden sollten. Gegner warfen der Initiative „Ökofaschismus“ vor. Große deutsche Tageszeitungen fanden es nötig, diesen Vorwurf zu zitieren. Armin Amrhein, Ahrensburg

SORRY



Zu dem Beitrag „pilgerreise nach schiras“ (18.1.; S.32), mit dem der Lyriker SAID an „goethes dichterischen brü-

ckenschlag, den west-östlichen divan“ erinnert, haben wir leider ein falsches Autorenfoto gestellt. Hier sehen Sie das richtige. Wir bitten diesen Fehler vielmals zu entschuldigen.